



**Ina Latendorf, MdB**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion  
DIE LINKE im Bundestag

## Pressemitteilung

### LNG-Beschleunigungsgesetz ist ein Skandal!

Berlin, 07.07.2023

Bezug:

Anlagen:

**Ina Latendorf, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

**Funktionen:**

Agrarpolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Ernährung  
und Landwirtschaft

Mitglied im Petitionsausschuss

**Wahlkreisbüro**

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

„Gegen alle Bedenken und Einwände von Bürgerinnen und Bürgern, gegen ökonomischen und umweltpolitischen Sachverstand und auch gegen die elementaren Regeln der Demokratie peitscht die Regierung am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause das LNG-Beschleunigungsgesetz durch den Bundestag“, erklärt Ina Latendorf, Sprecherin für Landwirtschaft, Ländliche Räume und Tierschutz der Fraktion DIE LINKE.

„Die mit dem Gesetz verbundenen Pläne für Mukran und die Pipeline durch den Greifswalder Bodden sind“, so Ina Latendorf weiter, „ökonomisch und ökologisch unsinnig. Und alle Gegenargumente von den betroffenen Bevölkerungsgruppen, von Kommunen, von Bürgerinitiativen und NGOs werden ignoriert. Das ist eine Verhöhnung der demokratischen Mitbestimmung. DIE LINKE sagt dazu: Nein!“

Die Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern erläutert:

„Die ganze Gesetznovelle ist für die Betreibergesellschaften und Gaskonzerne eine Gelddruckmaschine und verdient daher den Namen Wirtschaftslobbygesetz. Außerdem soll es Staatsgarantien für Gewinnerwartungen geben. Aber an die Leute vor Ort denkt in dieser Sache niemand.“

Ina Latendorf abschließend: „Der Regierung will bei den geplanten Vorhaben Verfahrenseteiligung und Umweltprüfung verkürzen und vollendete Tatsachen schaffen. Sie missachtet Europarecht und das verfassungsrechtliche Klimaschutzgebot. Dies ist ein Skandal! DIE LINKE kämpft weiter für all jene, die zurecht soziale Gerechtigkeit und Demokratie einfordern.“